

Bilanzsteuerrecht und Buchführung

von

Dr. Harald Horschitz

Professor

Walter Groß

Professor

Werner Weidner

Professor a. D.

Dozenten an der
Fachhochschule Ludwigsburg
Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

8., neubearbeitete Auflage

2000

SCHAFFER-POESCHEL VERLAG
STUTTGART

p
Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zur 8. Auflage.....	V
Abkürzungsverzeichnis.....	XXXVII
Literaturverzeichnis.....	XLI

A. Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten

Einführung	
.1 Die Buchführung als Zweig des betrieblichen Rechnungswesens	
.1.1 Buchführung.....	
.1.2 Kosten- und Leistungsrechnung.....	
.1.3 Betriebsstatistik.....	
.1.4 Planung.....	
1.2 Oberbegriff „Aufzeichnungen“.....	
2. Allgemeine (handelsrechtliche) Buchführungspflicht.....	
2.1 Gesetzliche Grundlagen.....	
2.2 Zur Buchführung verpflichtete Personen im einzelnen, Beginn und Beendigung der allgemeinen (handelsrechtlichen) Buchführungspflicht	
3. Steuerliche Buchführungspflicht	
3.1 Aus Nichtsteuergesetzten abgeleitete Buchführungspflicht.....	
3.1.1 nach § 140 AO.....	
3.2 Besondere Buchführungspflicht für bestimmte Steuerpflichtige nach § 141 Abs. I AO.....	
3.3 Beginn und Wegfall der Buchführungspflicht.....	
4. Sonstige Aufzeichnungspflichten	
4.1 Außersteuerliche sonstige Aufzeichnungspflichten.....	
4.2 Steuerliche sonstige Aufzeichnungspflichten.....	
4.2.1 Ergänzende Aufzeichnungen für Land- und Forstwirte (§ 142 AO).....	12
4.2.2 Aufzeichnung des Wareneingangs (§ 143 AO).....	12
4.2.3 Aufzeichnung des Warenausgangs (§ 144 AO).....	12
4.2.4 Im ESt-Recht vorgeschriebene besondere Aufzeichnungen.....	12
4.2.5 Im USt-Recht vorgeschriebene besondere Aufzeichnungen.....	13
5. Inhalt der Buchführungspflicht und allgemeine Anforderungen an die Buchführung und Aufzeichnungen.....	14
5.1 Grundsätzliche handelsrechtliche und steuerliche Regelungen für die Buchführung.....	14
5.2 Wichtige Grundsätze für die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses.....	15
5.3 Regelungen in der AO.....	15
5.4 Ausgestaltung der Buchführung.....	15
5.5 Rechnungslegung (Buchführung und Jahresabschluß) und Einführung des Euro.....	16
5.5.1 Allgemeines	16
5.5.2 Umrechnungskurse für die Währungen der EWWU-Staaten.....	16
5.5.3 Grundsätze der Umrechnung.....	17
5.5.4 Umstellung von Jahresabschluß und Buchführung auf den Euro	18

5.5.4.1	Wahlrecht zwischen DM und Euro beim Jahresabschluß	18
5.5.4.2	Wahlrecht für die laufende Buchführung.....	18
5.5.4.3	Umstellung der laufenden Buchführung und des Jahresabschlusses auf den Euro.....	18
5.5.5	Auswirkungen der Umstellung auf den Euro auf einzelne Bilanzposten.....	19
5.5.6	Sonderregelungen für bestimmte Steuerbereiche.....	20
6.	Handelsrechtliche und steuerliche Aufbewahrungspflichten.	20
7.	Bewilligung von Erleichterungen.....	21
8.	Verletzung von Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten und ihre Folgen.....	22
	Unterschiede in den Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten zwischen Steuerpflichtigen, die den Gewinn nach § 4 Abs. 1 „ oder § 5 EStG ermitteln.....	23
10.	Pflichten für Unternehmer, die freiwillig Bücher führen und Abschlüsse tätigen.....	24

B. Die Technik der doppelten Buchführung

1.	Die Grundlagen der Buchführung.....	25
1.1	Die Inventur.....	25
1.2	Das Inventar.....	25
1.3	Inventurerleichterungen.....	25
1.3.1	Allgemeines.....	25
1.3.2	Festwert.....	26
1.3.3	Gruppenbewertung.....	27
1.3.4	Stichprobeninventur.....	27
1.3.5	Permanente Inventur.....	27
1.3.6	Zeitverschobene Inventur.....	28
1.3.7	Buchmäßige Bestandsaufnahme für Anlagevermögen.....	29
1.4	Die Bilanz.....	29
1.5	Der Abschluß.....	30
1.6	Die Gewinn- und Verlustrechnung.....	30
1.6.1	Allgemeines.....	30
1.6.2	Beispiel für Gewinn- und Verlustrechnung in Kontoform.....	30
1.6.3	Beispiel für Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform	31
1.6.4	Gliederung bei Kapitalgesellschaften.....	31
2.	Die Funktion der doppelten Buchführung.....	32
2.	Sachkonten.....	32
2.	Bestandskonten.....	32
2.	Erfolgskonten.....	32
2.	Gewinn- und Verlustkonto.....	33
2.	Privatkonten.....	33
2.	Schema für den Abschluß der Sachkonten.....	33
2.	Buchungssatz.....	34
2.	Hinweis.....	34
2.2	Personenkonten.....	34
2.3	Anlagekonten.....	34

3.	Organisation der Buchführung	35
3.1	Buchführungssysteme.....	35
3.2	Methoden und Organisationsformen der doppelten Buchführung	35
3.2.1	Übertragungsbuchführung.....	35
3.2.2	Amerikanisches Journal.....	36
3.2.3	Durchschreibebuchführung.....	36
3.2.4	EDV-Buchführung.....	37
3.2.4.1	Externe EDV-Buchführung.....	37
3.2.4.2	Interne EDV-Buchführung.....	38
3.2.4.3	Besonderheiten.....	40
3.2.5	Offene-Posten-Buchhaltung.....	40
3.3	Kassenbuchführung.....	41
3.4	Hauptabschlußübersicht	43
3.5	Selbständige Buchungskreise.....	46
3.5.1	Filialbuchführung.....	46
3.5.2	Devisenbuchführung.....	47
3.5.3	Geheimbuchführung.....	48

C. Begriff des Gewinns, die Gewinn- und Verlustrechnung und die steuerlichen Gewinnermittlungsarten

0		
1.	Allgemeines	49
1.1	Die Bedeutung des Gewinns für die Besteuerung	49
1.2	Der handelsrechtliche Gewinnbegriff	49
1.3	Der grundsätzliche steuerliche Gewinnbegriff	50
1.4	Gewinnermittlungszeitraum und Geschäftsjahr bzw. Wirtschaftsjahr	50
1.4.1	Das handelsrechtliche Geschäftsjahr	51
1.4.2	Das steuerliche Wirtschaftsjahr	51
2.	Die Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil des Jahresabschlusses	52
2.1	Allgemeines	52
2.1.1	Begriff, Bedeutung und Inhalt der GuV-Rechnung	52
2.1.2	Form und Gliederung der GuV-Rechnung	52
2.1.3	Bedeutung der GuV-Rechnung für die Besteuerung	53
2.2	Die handelsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Erträge und Aufwendungen	53
2.2.1	Allgemeines	53
2.2.2	Begriff: Ertrag (Erträge)	53
2.2.3	Begriff: Aufwand (Aufwendungen)	54
2.3	Die steuerlichen Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben	54
2.3.1	Begriff der Betriebseinnahmen	54
2.3.2	Abgrenzung der Betriebseinnahmen zu den außerbetrieblichen Einnahmen	55
2.3.3	Steuerfreie Betriebseinnahmen	55
2.3.3.1	Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz 1996	56
2.3.3.2	Erwerb von Freianteilen an Kapitalgesellschaften aufgrund einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	56
2.3.4	Begriff der Betriebsausgaben	56
2.3.5	Abgrenzung der Betriebsausgaben zu anderen Aufwendungen	57
2.3.6	Arten der Betriebsausgaben	59

2.3.6.1	Sofort abzugsfähige Betriebsausgaben	59
2.3.6.2	Nicht sofort abzugsfähige Betriebsausgaben.....	60
2.3.6.3	Nicht abzugsfähige und beschränkt abzugsfähige Betriebsausgaben nach § 4 Abs. 5 EStG.....	62
2.3.6.3.1	Grundsätzliches.....	62
2.3.6.3.2	Geschenke (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 EStG).....	62
2.3.6.3.3	Aufwendungen für die Bewirtung von Personen aus geschäftlichem Anlaß (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EStG).....	63
2.3.6.3.4	Aufwendungen für Gästehäuser (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EStG)	65
2.3.6.3.5	Aufwendungen für Jagd, Fischerei, Jachten und für ähnliche Zwecke (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 4 EStG).....	65
2.3.6.3.6	Mehraufwendungen für Verpflegung (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 5 und 6a EStG).....	65
2.3.6.3.7	Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Betrieb und für Familienheimfahrten (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6 EStG)	66
2.3.6.3.8	Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer sowie die Kosten der Ausstattung (§ 4 Abs. 6b EStG).....	66
2.3.6.3.9	Unangemessene Aufwendungen anderer Art, die auch die Kosten der Lebensführung des Steuerpflichtigen oder anderer Personen berühren (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 7 EStG).....	66
2.3.6.3.10	Geldbußen, Ordnungsgelder und Verwarnungsgelder (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 8 EStG).....	66
2.3.6.3.11	Zinsen auf hinterzogene Steuern nach § 235 AO (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 8a EStG).....	66
2.3.6.3.12	Aufwendungen für Schmiergelder u.a. (§ 4 Abs. 10 EStG)	66
2.3.6.4	Aufzeichnungspflicht für nicht abzugsfähige und beschränkt abzugsfähige Betriebsausgaben.....	66
2.3.6.5	Betriebsausgaben, die mit steuerfreien Betriebseinnahmen wirtschaftlich zusammenhängen.....	67
2.3.6.6	Besondere Regelung für den Abzug von Schuldzinsen als Betriebsausgaben nach § 4 Abs. 4a EStG.....	67
3.	Die steuerlichen Gewinnermittlungsarten im einzelnen	67
3.1	Die Gewinnermittlung durch Bestandsvergleich nach § 4 Abs. 1 EStG.....	67
3.1.1	Personenkreis.....	67
3.1.2	Begriff des Betriebsvermögens.....	67
3.1.2.1	Mengenmäßige Bedeutung.....	68
3.1.2.2	Wertmäßige Bedeutung.....	68
3.1.3	Ausscheiden nichtbetrieblicher Vorgänge	69
3.1.3.1	Begriff und Umfang der Entnahmen.....	69
3.1.3.2	Begriff und Umfang der Einlagen.....	70
3.1.4	Die Bilanz nach § 4 Abs. 1 EStG.....	71
3.2	Die Gewinnermittlung durch Bestandsvergleich nach § 5 EStG	72
3.2.1	Unterfall des § 4 Abs. 1 EStG.....	72
3.2.2	Personenkreis.....	72
3.2.3	Die Bilanz nach § 5 EStG.....	73
3.2.3.1	Allgemeine Grundsätze.....	73
3.2.3.2	Verhältnis der Handelsbilanz zur Steuerbilanz.....	73
3.3	Die Gewinnermittlung durch Einnahmen-Überschuß-Rechnung nach § 4 Abs. 3 EStG.....	74

3.3.1	Begriff und Wesen der Einnahmen-Überschuß-Rechnung	74
3.3.2	Berechtigter Personenkreis.....	75
3.3.3	Unterschiede zwischen Einnahmen-Überschuß-Rechnung und Bestandsvergleich.!?.....	76
3.3.4	Betriebseinnahmen bei der Überschußrechnung.....	77
3.3.5	Betriebsausgaben bei der Überschußrechnung.....	77
3.3.5.1	Sofort abzugsfähige Betriebsausgaben.....	78
3.3.5.2	Erwerb von abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens ...	78
3.3.5.3	Erwerb von nicht abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlage- vermögens.....	79
3.3.5.4	Erwerb von immateriellen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens	80
3.3.5.5	Erwerb von Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens	80
3.3.6	Behandlung der Einlagen und Entnahmen.....	81
3.3.6.1	Einlagen.....	81
3.3.6.2	Entnahmen.....	81
3.3.7	Besonderheiten bei der Überschußrechnung	82
3.3.7.1	Reine Geldbewegungen.....	82
3.3.7.2	Anzahlungen, Vorauszahlungen, Teilzahlungen und Abschlags- zahlungen, Vorschüsse.....	83
3.3.7.3	Erhalt und Zahlungen von Abfindungen	83
3.3.7.4	Behandlung eines Damnumms.....	83
3.3.7.5	Schwund bei Vorräten und anderen Wirtschaftsgütern durch Diebstahl, Verderb u.ä ..!	83
3.3.7.6	Erlaß von Forderungen und Schulden.....	84
3.3.7.7	Veräußerung und Aufgabe eines Betriebs	85
3.3.8	Aufzeichnungspflicht für Steuerpflichtige, die den Gewinn durch Überschußrechnung ermitteln.....	85
3.4	Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen.....	85
3.5	Gewinnermittlung durch Schätzung.....	85
3.6	Wechsel der Gewinnermittlungsart.....	86
3.6.1	Wechsel von der Überschußrechnung zum Bestandsvergleich ..	86
3.6.2	Wechsel vom Bestandsvergleich zur Überschußrechnung ..	89

D. Wirtschaftsgut

1.	Handelsrecht und Steuerrecht.....	94
2.	Begriff des Wirtschaftsguts.....	94
3.	Zurechnung.....	94
4.	Anteile an einem Wirtschaftsgut.....	96

E. Abgrenzung des Betriebsvermögens vom Privatvermögen

1.	Notwendiges Betriebsvermögen - gewillkürtes Betriebs- vermögen-notwendiges Privatvermögen.....	97
1.1	Grundsätze.....	97
1.2	Notwendiges Betriebsvermögen.....	98
1.2.1	Gemischt-genutzte Wirtschaftsgüter als notwendiges Betriebsvermögen.....	98
1.2.2	Neutrale Wirtschaftsgüter als notwendiges Betriebsvermögen ..	99
1.2.3	Folgen der Einordnung als notwendiges Betriebsvermögen ..	100

1.3	Gewillkürtes Betriebsvermögen.....	100
1.3.1	Gemischt-genutzte Wirtschaftsgüter als gewillkürtes Betriebsvermögen	100
1.3.2	Neutrale Wirtschaftsgüter als gewillkürtes Betriebsvermögen	101
1.3.3	Folgen der Einordnung als gewillkürtes Betriebsvermögen.....	103
1.4	Notwendiges Privatvermögen.....	103
1.4.1	Gemischt-genutzte Wirtschaftsgüter als notwendiges Privatvermögen.....	103
1.4.2	Neutrale Wirtschaftsgüter als notwendiges Privatvermögen.....	104
1.4.3	Folgen der Einordnung als notwendiges Privatvermögen.....	104
2.	Grundstücke im Betriebsvermögen.....	105
2.1	Grund und Boden.....	105
2.2	Gebäude.....	105
2.2.1	Wirtschaftsgut „eigenbetrieblich genutzter Gebäudeteil“.....	106
2.2.2	Wirtschaftsgut „fremdbetrieblich genutzter Gebäudeteil“.....	107
2.2.3	Wirtschaftsgut „zu fremden Wohnzwecken genutzter Gebäudeteil“.....	107
2.2.4	Wirtschaftsgut „zu eigenen Wohnzwecken genutzter Gebäudeteil“ ..	108
2.2.4.1	Rechtslage ab 1.1.1987 ..	108
2.2.4.2	Rechtslage bis 31.12.1.986 (fortführbar bis 1998).....	108
2.2.4.3	Übergangsregelung bis 1998.....	109
3.	Forderungen und Verbindlichkeiten.....	109
3.1	Forderungen.....	109
3.2	Verbindlichkeiten.....	110
3.2.1	Entstehen der Verbindlichkeiten.....	110
3.2.2	Spätere Veränderungen.....	111
3.2.3	Tilgung einer Schuld.....	114
3.2.3.1	Kontokorrentkonto.....	115
3.2.3.2	Darlehenskonto.....	118
3.2.3.3	Zwei- und Dreikonten-Modell.....	118
3.2.4	Abfindungszahlung an weichende Miterben.....	119
3.2.5	Zahlungen bei vorweggenommener Erbfolge.....	121
3.2.6	Zahlungen anlässlich des Zugewinnausgleichs.....	122

F. Einlagen und Entnahmen

1.	Einlagen.....	124
1.1	Handelsrecht und Steuerrecht.....	124
1.2	Begriff.....	124
1.2.1	Einlage von Wirtschaftsgütern.....	124
1.2.2	Einlage von Nutzungen und Leistungen.....	124
1.3	Folgewirkungen.....	126
1.4	Bewertung der Einlagen.....	126
1.5	Abschreibung von eingelegten Wirtschaftsgütern.....	128
1.6	Abgrenzungen.....	129
'2.	Entnahmen.....	130
2.2	Begriff.....	130
2.2.1	Entnahme von Wirtschaftsgütern.....	133
2.2.2	Entnahme von Nutzungen und Leistungen.....	134
2.2.3	Entnahmen in Fällen des § 12 EStG.....	134
2.3	Folgewirkungen.....	138
2.4	Bewertung der Entnahmen.....	139

2.5	Sachspenden.....	140
2.6	Umsatzsteuer ..o.....	140
2.7	Abgrenzungen.....	140
3.	Sonderfälle.....	141
3.1	Pkw-Nutzung.....	141
3.1.1	Private Nutzung eines betrieblichen Pkw.....	141
3.1.2	Fahrten zwischen Wohnung und Betriebsstätte.....	142
3.1.3	Betriebliche Nutzung eines privaten Pkw.....	143
3.1.4	Wertung.....	144
3.1.5	Unfälle mit betrieblichen Pkw auf privaten Fahrten.....	144
3.1.6	Unfälle mit privaten Pkw auf betrieblichen Fahrten.....	144
3.2	Gebäudenutzung.....	145
3.2.1	Betriebliche Nutzung eines Gebäudeteils des Privatvermögens .. .	145
3.2.2	Privatnutzung eines Gebäudeteils des Betriebsvermögens.....	146
3.2.2.1	Rechtslage ab 1.1.1987.....	146
3.2.2.2	Rechtslage bis 31.12.1986 und Übergangsregelung.....	146
3.2.2.3	Besteuerung des Nutzungswertes.....	148

G. Allgemeine und konkrete Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1.	Unterscheidung zwischen Bilanzierung und Bewertung	150
2.	Handelsrechtliche Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB).....	150
2.1	Allgemeines.....	150
2.2	Bereiche der allgemeinen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.....	151
2.2.1	Grundsätze ordnungsmäßiger „Buchführung“ im engeren Sinne.	151
2.2.2	Grundsätze ordnungsmäßiger Inventur.....	152
2.2.3	Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung und Bewertung	152
3.	Allgemeine Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung und Bewertung	152
3.1	Grundsatz der Bilanzwahrheit, der Bilanzklarheit und des Verrechnungsverbots.....	152
3.2	Grundsatz der Vollständigkeit.....	153
3.3	Grundsatz der Bilanzidentität (Bilanzenzusammenhang) und Bilanzenkontinuität.....	153
3.4	Going-Concern-Prinzip.....	156
3.5	Stichtagsprinzip.....	156
3.6	Grundsatz der Einzelbewertung.....	156
3.7	Vorsichtsprinzip, Realisationsprinzip und Imperatitsprinzip.....	156
3.8	Grundsatz der Periodenabgrenzung (Abgrenzungsprinzip).....	158
4.	Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz	158
4.1	Personenkreis, Begriff und Inhalt des Maßgeblichkeitsgrundsatzes... .	158
4.2	Anwendung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes bei handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten	159
4.2.1	Bilanzierungswahlrechte.....	159
4.2.2	Bewertungswahlrechte.....	160
4.3	Umkehrung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes.....	161

5.	Überblick über die konkreten handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzierungsgrundsätze der Bilanzierungsfähigkeit (Bilanzierungsgebot), des Bilanzierungsverbots, des Bilanzierungswahlrechts und der Bilanzierungshilfe	161
5.1	Bilanzierungsfähigkeit (Bilanzierungsgebote).....	161
5.1.1	Handelsrechtliche Regelungen.....	161
5.1.2	Steuerliche Regelungen.....	162
5.1.3	Beispiele für Bilanzierungsgebote.....	162
5.2	Bilanzierungswahlrechte.....	163
5.2.1	Handelsrechtliche Regelungen.....	163
5.2.2	Steuerliche Regelungen.....	164
5.3	Bilanzierungsvorboten.....	165
5.3.1	Handelsrechtliche Regelungen.....	165
5.3.2	Steuerliche Regelungen.....	166
5.4	Bilanzierungshilfen.....	166
5.4.1	Handelsrechtliche Regelungen.....	166
5.4.2	Steuerliche Behandlung.....	168
5.5	Übersicht über die handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzierungsgebote, Bilanzierungswahlrechte, Bilanzierungsvorboten und Bilanzierungshilfen.....	169
6.	Anwendung der konkreten handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungsgrundsätze (Bewertungsmaßstäbe)	171
6.1	Allgemeines.....	171
6.2	Überblick über die handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungsgrundsätze für die Vermögensgegenstände bzw. Besitzposten	172
6.2.1	Handelsrechtliche Bewertungsgrundsätze (§ 253 HGB), die wegen des Maßgeblichkeitsgrundsatzes auch ertragsteuerlich für Steuerpflichtige gelten, die den Gewinn nach § 5 EStG ermitteln (soweit nicht ein steuerliches Verbot besteht).....	173
6.2.1.1	Erstmaliger Bilanzansatz.....	174
6.2.1.2	Wertansatz zu einem nachfolgenden Bilanzstichtag.....	176
6.2.2	Steuerliche Bewertungsgrundsätze des § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2 EStG, die nur für Steuerpflichtige gelten, die den Gewinn nach § 4 Abs. 1 EStG ermitteln.....	182
6.2.2.1	Erstmaliger Bilanzansatz.....	182
6.2.2.2	Wertansatz zu einem nachfolgenden Bilanzstichtag.....	184
6.2.3	Voraussichtlich dauernde Wertminderung i.S. von § 6 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 und Nr. 2 Satz 2 EStG.....	190
6.3	Die Anwendung der maßgebenden Bewertungsgrundsätze im einzelnen.....	191
6.3.1	Anwendung der handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungsgrundsätze im Rahmen des Maßgeblichkeitsgrundsatzes für Steuerpflichtige, die den Gewinn nach § 5 EStG ermitteln.....	191
6.3.1.1	Einschränkung durch den steuerlichen Bewertungsvorbehalt des § 5 Abs. 6 EStG.....	191
6.3.1.2	Wertansatz bei steuerlichen Bewertungswahlrechten.....	192
6.3.1.3	Nichtanwendung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes bei falschem Wertansatz in der Handelsbilanz.....	193
6.3.2	Behandlung der abnutzbaren Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens.....	193
6.3.2.1	Begriff und Umfang des abnutzbaren Anlagevermögens.....	193

6.3.2.2	Wertansätze.....	193
6.3.2.3	Eingeschränkter Wertzusammenhang und Wertaufholung	194
6.3.2.4	Beispiele.....	195
6.3.3	Behandlung der nicht abnutzbaren Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens.....	198
6.3.3.1	Begriff und Umfang des nichtabnutzbaren Anlagevermögens	198
6.3.3.2	Wertansätze.....	198
6.3.3.3	Eingeschränkter Wertzusammenhang und Wertaufholung	198
6.3.3.4	Beispiele.....	199
6.3.4	Behandlung der Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens.....	200
6.3.4.1	Begriff und Umfang des Umlaufvermögens.....	200
6.3.4.2	Wertansätze.....	201
6.3.4.3	Eingeschränkter Wertzusammenhang und Wertaufholung	201
6.3.4.4	Beispiele.....	201
6.3.5	Behandlung der Verbindlichkeiten.....	202
6.3.5.1	Begriff und Umfang der Verbindlichkeiten.....	202
6.3.5.2	Wertansätze.....	202
7.	Bewertungsvereinfachungsmethoden	202
7.1	Gruppenbewertung bzw. Durchschnittsbewertung	204
7.1.1	Begriff und begünstigte Vermögensgegenstände.....	204
7.1.2	Ermittlung des gewogenen Durchschnittswerts bei der Durchschnitts- bewertung und Gruppenbewertung mit Durchschnittswerten	206
7.2	Sammelbewertung nach einem Verbrauchsfolgeverfahren	207
7.2.1	Begriff und begünstigte Vermögensgegenstände.....	208
7.2.2	Die einzelnen Methoden und ihre steuerliche Anwendbarkeit	208
7.2.2.1	Die Fifo-Methode (first in - first out).....	208
7.2.2.1.1	Handelsrechtlich.....	208
7.2.2.1.2	Steuerrechtlich.....	208
7.2.2.2	Die Lifo-Methode (last in - first out).....	209
7.2.2.2.1	Handelsrechtlich.....	209
7.2.2.2.2	Steuerrechtlich.....	209
7.2.2.2.3	Methoden der Lifo-Bewertung	209
7.2.2.2.4	Besonderheit bei Absinken des Bestandes auf 0 Menge	212
7.2.2.2.5	Ansatz eines niedrigeren handelsrechtlichen Werts bzw. eines niedrigeren steuerlichen Teilwerts	212
7.2.2.2.6	Wechsel der Bewertungsmethode	212
7.2.2.2.7	Behandlung in der Handelsbilanz und Steuerbilanz	213
7.2.2.3	Die Hifo-Methode (highest in - first out).....	213
7.2.2.4	Andere Verbrauchsfolgemethoden	213
7.3	Festwertbewertung	213
7.3.1	Begriff und begünstigte Vermögensgegenstände	213
7.3.2	Voraussetzungen für die Festwertbewertung	214
7.3.3	Ermittlung des Festwerts	215
7.3.3.1	Ermittlung für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	215
7.3.3.2	Ermittlung für Gegenstände des Sachanlagevermögens	216
7.3.3.2.1	Erstmalige Ermittlung	216
7.3.3.2.2	Überprüfung und Änderung des Festwerts	218
7.3.4	Behandlung der Ersatzbeschaffungen und Veräußerungen von Gegenständen aus einem Festwertbestand	219
7.3.5	Übergang vom Festwert zur Einzelbewertung	219

H. Die handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungsmaßstäbe und besondere Anschaffungsvorgänge

1.	Bedeutung der Anschaffungs- und Herstellungskosten im Handels- und Steuerrecht	220
2.	Anschaffungskosten (allgemeine Grundsätze)	221
2.1	Gesetzliche Begriffsbestimmung der Anschaffungskosten	221
2.2	Umfang der Anschaffungskosten	222
2.2.1	Zu den Anschaffungskosten gehörende Aufwendungen	222
2.2.1.1	Der Kaufpreis als Grundlage für die Ermittlung der Anschaffungskosten.....	222
2.2.1.2	Aufwendungen für die Schaffung der Betriebsbereitschaft und die Anschaffungsnebenkosten.....	224
2.2.2	Nicht zu den Anschaffungskosten gehörende Aufwendungen	225
2.2.3	Kaufpreisminderungen.....	226
2.2.4	Behandlung der Vorsteuer (Eingangs-Umsatzsteuer).....	226
2.2.4.1	In vollem Umfang abzugsfähige Vorsteuer.....	226
2.2.4.2	In vollem Umfang nicht abzugsfähige Vorsteuer.....	227
2.2.4.3	Nur teilweise abzugsfähige Vorsteuer.....	228
2.2.4.4	Änderung der Aufteilung der Vorsteuer mit Wirkung für die Vergangenheit (im Erstjahr, d.h. im Jahr der Anschaffung oder Herstellung).....	231
2.2.4.5	Berichtigung des Vorsteuerabzugs nach § 15a UStG.....	233
2.3	Nachträgliche Änderung der Anschaffungskosten	234
2.3.1	Nachträgliche Anschaffungskosten.....	234
2.3.2	Nachträgliche Minderung der Anschaffungskosten	234
2.4	Aufteilung eines Gesamtkaufpreises.....	235
3.	Besondere Anschaffungsvorgänge	235
3.1	Anschaffungskosten bei Erwerb gegen Renten- oder Ratenzahlungen	235
3.1.1	Begriff und Abgrenzung der Renten und Raten	235
3.1.2	Behandlung von betrieblichen Anschaffungen bzw. Veräußerungen gegen Zahlung einer Kaufpreis- bzw. Veräußerungsrente	236
3.1.2.1	Erwerb bzw. Veräußerung eines Betriebs oder Teilbetriebs	236
3.1.2.1.1	Behandlung beim Erwerber	236
3.1.2.1.2	Behandlung beim Veräußerer	238
3.1.2.1.3	Fall zur Veräußerung eines ganzen Betriebs	239
3.1.2.2	Erwerb bzw. Veräußerung einzelner Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens	241
3.1.2.2.1	Behandlung beim Erwerber	241
3.1.2.2.2	Behandlung beim Veräußerer	242
3.1.2.2.3	Fall zur Veräußerung eines Wirtschaftsguts	242
3.1.2.3	Auswirkung von Wertsicherungsklauseln	244
3.1.2.4	Vorzeitiger Wegfall der Rentenlast beim Rentenverpflichteten	245
3.1.3	Behandlung von betrieblichen Anschaffungen bzw. Veräußerungen gegen Ratenzahlungen	245
3.1.3.1	Behandlung beim Erwerber	245
3.1.3.2	Behandlung beim Veräußerer	247
3.1.3.2.1	Veräußerung eines Betriebs	247
3.1.3.2.2	Veräußerung eines Teilbetriebs oder einzelner Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens	248

i	3.2	Anschaffungskosten bei Erwerb durch Tausch.....	248
s	3.2.1	Allgemeine Grundsätze.....	248
:	3.2.2	Tausch gleichwertiger Wirtschaftsgüter.....	250
	3.2.3	Tausch mit Zuzahlung (Baraufgabe).....	251
i	3.2.4	Tausch mit Zuzahlung und verdecktem Preisnachlaß.....	254
y	3.2.5	Sonderfälle.....	257
!	3.2.5.1	Gewinnverwirklichung beim Tausch mit verzögerter Gegenleistung	257
;	3.2.5.2	Funktionsgleicher Tausch von Anteilsrechten an Kapital- gesellschaften.....	258
!	3.2.5.3	Tausch von Mitunternehmeranteilen	260
•	3.2.5.4	Tausch von Güterfernverkehrsgenehmigungen.....	260
i	3.2.5.5	Tausch von Grundstücken.....	260
;	3.3	Anschaffungskosten bei Mietkauf und Leasing	260
!	3.3.1	Kauf nach Miete....."	261
!	3.3.1.1	Ertragsteuerliche und umsatzsteuerliche Behandlung	261
!	3.3.1.2	Fall.....	261
;	3.3.2	Mietkaufverträge.....	262
*	3.3.2.1	Ertragsteuerliche und umsatzsteuerliche Behandlung	262
1	3.3.2.2	Fälle.....	264
!	3.3.3	Leasingverträge.....	266
;	3.3.3.1	Allgemeine Begriffsbestimmung und Erscheinungsformen	266
*	3.3.3.2	Steuerliche Behandlung des Finanzierungs-Leasing von beweglichen Wirtschaftsgütern bei Vollamortisation („Full-pay-out-Verträge“)....	268
1	3.3.3.2.1	Regelmäßiger Personenkreis.....	268
!	3.3.3.2.2	Allgemeines und Abgrenzung des Full-pay-out-Leasing	268
;	3.3.3.2.3	Zurechnung des Leasing-Gegenstands.....	269
*	3.3.3.2.4	Buch- und bilanzmäßige Behandlung.....	272
1	3.3.3.2.5	Fall.....	275
!	3.3.3.3	Steuerliche Behandlung des Finanzierungs-Leasing von beweglichen Wirtschaftsgütern bei Teilamortisation („Non-pay-out-Leasing“) . . .	278
*	3.3.3.4	Steuerliche Behandlung des Finanzierungs-Leasing von unbeweglichen Wirtschaftsgütern (Immobilien-Leasing) . . .	279
1	3.4	Anschaffungskosten bei Übertragung stiller Reserven	279
!	3.4.1	Allgemeine Grundsätze.....	279
;	3.4.1.1	Entstehung stiller Reserven.....	279
*	3.4.1.2	Aufdeckung dieser stillen Reserven.....	279
1	3.4.1.3	Vermeidung der sofortigen Versteuerung der aufgedeckten stillen Reserven.....	280
!	3.4.1.4	Auflösung der gebildeten steuerfreien Rücklage	281
;	3.4.2	Unterschiedliche Voraussetzungen für diese Vergünstigungen	282
f	3.5	Anschaffungskosten bei Erhalt von Zuschüssen	282
f	3.5.1	Begriff und Arten von Zuschüssen.....	282
j.	3.5.2	Steuerliche Behandlung der Kapitalzuschüsse.....	283
j.	3.5.2.1	Wahlrecht für den Zuschußempfänger.....	283
j.	3.5.2.2	Besonderheiten beim Zuschußempfänger.....	283
j.	3.5.2.2.1	Erhalt des Kapitalzuschusses in einem späteren Jahr.....	283
j.	3.5.2.2.2	Erhalt des Kapitalzuschusses in einem früheren Jahr.....	284
j.	3.5.2.2.3	Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz.....	285
j.	3.5.2.3	Behandlung beim Zuschußgeber.....	285
j.	3.5.3	Steuerliche Behandlung der Ertragszuschüsse.....	285
j.	3.5.3.1	Behandlung beim Zuschußempfänger.....	285
j.	3.5.3.2	Behandlung beim Zuschußgeber.....	285

3.6	Anschaffungskosten bei Schwund.....	286
3.6.1	Allgemeine Grundsätze.....	286
3.6.2	Besonderheiten beim Vorratsvermögen.....	287
3.6.2.1	Diebstahl von Waren und Vorräten.....	287
3.6.2.2	Innerbetrieblicher Verbrauch.....	287
3.7	Anschaffungskosten beim Erwerb von Grundstücken im Zwangsversteigerungsverfahren.....	287
3.7.1	Begriffsbestimmungen.....	287
3.7.2	Zusammensetzung der Anschaffungskosten.....	290
3.7.3	Sonderfall: Hypothekengläubiger ersteigert das Grundstück selbst ...	291
3.7.4	Fälle.....	291
3.8	Anschaffungskosten bei unentgeltlichem Erwerb (fiktive Anschaffungskosten).....	294
3.8.1	Begriffsbestimmung und Abgrenzung zwischen entgeltlichem, teilentgeltlichem und unentgeltlichem Erwerb.....	294
3.8.2	Steuerliche Behandlung des entgeltlichen Erwerbs, teilentgeltlichen Erwerbs (gemischte Schenkung) und des unentgeltlichen Erwerbs im betrieblichen Bereich.....	296
3.8.2.1	(Voll) entgeltlicher Erwerb.....	296
3.8.2.2	Teilentgeltlicher Erwerb (gemischte Schenkung) und unentgeltlicher Erwerb.....	296
3.8.3	Unentgeltliche Übertragung einzelner Vermögensgegenstände (Wirtschaftsgüter), die zuvor zum Betriebsvermögen einer anderen Person gehörten.....	299
3.8.3.1	Unentgeltliche Übertragung außer in den Fällen der Einlage	299
3.8.3.1.1	Behandlung beim Schenker (Rechtsvorgänger).....	299
3.8.3.1.2	Behandlung beim Erwerber (Rechtsnachfolger).....	299
3.8.3.1.3	Fälle.....	300
3.8.3.2	Unentgeltliche Übertragung aus privatem Anlaß.....	301
3.8.3.2.1	Behandlung beim Schenker (Rechtsvorgänger).....	301
3.8.3.2.2	Behandlung beim Erwerber (Rechtsnachfolger).....	301
3.8.3.2.3	Fall.....	302
3.8.4	Unentgeltliche Übertragung einzelner Vermögensgegenstände (Wirtschaftsgüter), die zuvor zum Privatvermögen einer anderen Person gehörten.....	302
4.	Herstellungskosten und ihre Ermittlung	303
4.1	Handelsrechtliche und steuerliche Bedeutung der Herstellungskosten.....	303
4.2	Begriff und Bestandteile der Herstellungskosten im Handelsrecht....	304
4.2.1	Gesetzliche Begriffsbestimmung der Herstellungskosten	304
4.2.2	Die Bestandteile der Herstellungskosten im einzelnen.....	306
4.2.2.1	Allgemeines, Grundbegriffe der Kosten- und Leistungsrechnung (Kalkulation) und Kalkulationsschema.....	306
4.2.2.2	Umfang und Abgrenzung der handelsrechtlichen Herstellungskosten	309
4.2.2.2.1	Materialeinzelkosten bzw. Materialkosten.....	309
4.2.2.2.2	Fertigungseinzelkosten bzw. Fertigungskosten.....	309
4.2.2.2.3	Sondereinzelkosten bzw. Sonderkosten der Fertigung	310
4.2.2.2.4	Materialgemeinkosten.....	310
4.2.2.2.5	Fertigungsgemeinkosten.....	311
4.2.2.2.6	Beschränkung auf angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten.....	312

4.2.2.2.7	Wertverzehr des Anlagevermögens, das dem Material- und Fertigungsbereich dient.....	313
4.2.2.2.8	Allgemeine Verwaltungskosten und soziale Kosten sowie Zinsen für Fremdkapital.....	313
4.2.2.2.9	Vertriebskosten.....	314
4.2.2.3	Ausübung des handelsrechtlichen Wahlrechts im Rahmen der Bewertungsstetigkeit und der GoB.....	315
4.3	Begriff und Bestandteile der steuerlichen Herstellungskosten	315
4.3.1	Begriffsbestimmung des R 33 EStR.....	315
4.3.2	Bestandteile der steuerlichen Herstellungskosten (Übersicht).....	316
4.3.3	Besonderheiten bei den steuerlichen Herstellungskosten.....	318
4.3.4	Gegenüberstellung der handelsrechtlichen und steuerlichen Herstellungskosten.....	319
4.4	Steuerliche Herstellungskosten bei Gründstücken (Grund und Boden).....	320
4.5	Steuerliche Herstellungskosten bei Gebäuden.....	320
4.5.1	Begriff.....	320
4.5.2	Bestandteile und Umfang der Herstellungskosten von Gebäuden im einzelnen.....	321
4.5.2.1	Eigentliche Bauaufwendungen.....	321
4.5.2.2	Baunebenkosten.....	321
4.5.2.3	Aufwendungen, die die Errichtung des Gebäudes ermöglichen	322
4.5.2.4	Aufwendungen, die die Nutzung des Gebäudes ermöglichen	322
4.6	Zeitliche Abgrenzung der Herstellungskosten.....	323
4.7	Nachträgliche Herstellungskosten.....	324
4.8	Abgrenzung zwischen Herstellungsaufwand und Erhaltungsaufwand	324
4.9	Ermittlung der Herstellungskosten.....	325
4.9.1	Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung als Grundlage	325
4.9.2	Abweichungen gegenüber den Ergebnissen der Kosten- und Leistungsrechnung.....	327
4.9.3	Fälle.....	329
4.9.4	Buchtechnische Abwicklung nach dem Gemeinschaftskontenrahmen der Industrie (GKR) im Rahmen des Gesamtkostenverfahrens	336
4.9.5	Darstellung der Herstellungskosten im Rahmen der GuV-Rechnung nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) und Umsatzkostenverfahren (§ 275 Abs. 3 HGB).....	341
4.9.5.1	Darstellung nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB)	342
4.9.5.2	Darstellung nach dem Umsatzkostenverfahren (§ 275 Abs. 3 HGB)	343
4.10	Die retrograde Ermittlung der Herstellungskosten.....	344
4.11	Ermittlung der Wiederherstellungskosten für eine außerplanmäßige Abschreibung (Teilwertabschreibung).....	345
5.	Ansatz eines niedrigeren Werts als die Anschaffungskosten oder Herstellungskosten (ggf. gemindert um planmäßige Abschreibungen).....	345
5.1	Der handelsrechtliche Börsen- oder Marktpreis bzw. beizulegende Wert.....	345
5.2	Der steuerliche Teilwert.....	346
5.2.1	Begriff des Teilwerts.....	346
5.2.2	Bedeutung des Teilwerts.....	347
5.2.3	Ermittlung des Teilwerts.....	347

5.2.3.1	Unterstellung einer Betriebsveräußerung und Abstellung auf einen anteiligen Betrag.....	347
5.2.3.2	Grenzwerte für den Teilwert.....	348
5.2.3.2.1	Obergrenze: Wiederbeschaffungskosten oder Wiederherstellungs-kosten.....	348
5.2.3.2.2	Untergrenze: Einzelveräußerungspreis bzw. Material- oder Schrottwert abzüglich Veräußerungskosten.....	349
5.2.3.3	Teilwertvermutungen.....	349
5.2.3.3.1	Teilwert im Zeitpunkt der Anschaffung eines Wirtschaftsguts	350
5.2.3.3.2	Teilwert zu späteren Zeitpunkten.....	350
5.2.3.4	Widerlegung der Teilwertvermutung.....	350
5.2.3.4.1	Teilwertabschreibung wegen Fehlmaßnahmen.....	350
5.2.3.4.2	Teilwertabschreibung wegen Sinkens der Wiederbeschaffungs-kosten.....	352
5.2.3.4.3	Teilwertabschreibung wegen Sinkens der erzielbaren Verkaufspreise bei Waren.....	352
5.2.4	Maßgebender Zeitpunkt für einen Teilwertansatz.....	355
5.2.5	Weitere Einzelfälle.....	356
5.2.5.1	Einfluß der Ertragslage auf die Höhe des Teilwerts.....	356
5.2.5.2	Teilwert bei Beteiligungen.....	357
5.2.6	Buchmäßige Behandlung einer Teilwertabschreibung.....	358

I. Abschreibungen

1.	Allgemeine Grundsätze.....	359
.1	Begriff und Aufgabe der Abschreibung.....	359
.2	Rechtsgrundlagen für die Abschreibung.....	359
.3	„Abschreibung“ als Oberbegriff für verschiedene Arten	361
.4	Abschreibungsfähige Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter	362
.5	Abschreibungsberechtigte Personen.....	362
.6	Bemessungsgrundlage für die Abschreibung.....	363
.7	Höhere steuerliche AfA als die planmäßige handelsrechtliche Abschreibung.....	364
1.8	Buchmäßige Formen der Abschreibung.....	364
2.	Die Absetzung für Abnutzung - AfA - (ohne Gebäude) .	364
2.1	Begriff und Bedeutung der AfA.....	364
2.2	Zwang zur AfA.....	364
2.3	AfA auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.....	365
2.4	Bemessungsgrundlage für die AfA und nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten.....	367
2.4.1	Grundsätzliche Bemessungsgrundlage für die AfA.....	367
2.4.2	Besondere Regelung für in das Betriebsvermögen eingelegte abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens.....	367
2.4.3	Bemessungsgrundlage für die AfA bei nachträglichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten.....	368
2.5	Beginn der AfA.....	369
2.6	AfA im Jahr der Anschaffung oder Herstellung	369
2.7	AfA beim Ausscheiden eines Wirtschaftsguts.....	370
2.8	Die einzelnen AfA-Methoden.....	371
2.8.1	Übersicht.....	371
2.8.2	Die lineare AfA.....	371

2.8.3	Die Leistungs-AfA.....	372
2.8.4	Die degressive AfA.....	373
2.8.5	Wechsel der AfA-Methode.....	374
2.9	Verhältnis AfA und Teilwertabschreibung sowie AfA nach einer Teil Wertabschreibung.....	374
3.	Besonderheiten bei der AfA für Gebäude und Gebäudeteile sowie für Außenanlagen.....	375
3.1	Eigenständige steuerliche Regelung für Gebäude.....	375
3.2	Begriff des Gebäudes und der selbständigen Gebäudeteile.....	375
3.3	Die lineare AfA nach § 7 Abs. 4 EStG.....	376
3.3.1	Höhere AfA nach gesetzlich bestimmter Abschreibungsdauer für Wirtschaftsgebäude im Betriebsvermögen (§ 7 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 EStG).....	376
3.3.2	AfA nach gesetzlich bestimmter Abschreibungsdauer für andere Gebäude (§ 7 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 EStG).....	377
3.3.3	AfA nach der tatsächlichen Nutzungsdauer (§ 7 Abs. 4 Satz 2 EStG).....	377
3.3.4	AfA im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und im Jahr des Ausscheidens aus dem Betriebsvermögen	378
3.3.5	Lineare AfA für eingelegte Gebäude und Gebäudeteile.....	378
3.3.6	Fälle.....	379
3.4	Die degressive AfA nach § 7 Abs. 5 EStG.....	380
3.4.1	Grundsätzliche Voraussetzungen für die Anwendung der degressiven AfA.....	380
3.4.2	Höhere Staffelsätze für Wirtschaftsgebäude im Betriebsvermögen (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 EStG).....	381
3.4.2.1	Rechtslage bis 1993.....	381
3.4.2.2	Rechtslage ab 1994.....	381
3.4.3	Staffelsätze für andere Gebäude (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EStG) und besondere degressive AfA für Gebäude und Gebäudeteile, die Wohnzwecken dienen (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EStG).....	381
3.4.3.1	Gebäude und Gebäudeteile im Sinne des § 7 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 EStG.....	381
3.4.3.1.1	Rechtslage bis 1994.....	381
3.4.3.1.2	Rechtslage ab 1995.....	381
3.4.3	Besondere degressive AfA für Gebäude und Gebäudeteile, die Wohnzwecken dienen (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3a und b EStG)	382
3.4.3.2.1	Rechtslage bis 1995 (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3a EStG).....	382
3.4.3.2.2	Rechtslage ab 1996 (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3b EStG).....	383
3.4.4	Wahl und Wechsel innerhalb der Staffelsätze.....	383
3.4.5	Degressive AfA im Jahr der Fertigstellung oder des Erwerbs und beim Ausscheiden des Gebäudes oder eines Gebäudeteils.....	384
3.4.6	Degressive AfA für eingelegte Gebäude oder Gebäudeteile.....	384
3.4.7	Fall.....	384
3.4.8	Zeitliche Anwendung früherer Regelungen.....	385
3.5	Keine Absetzung für außergewöhnliche Absetzung oder Teilwertabschreibung für vor 1985 errichtete Wirtschaftsgebäude im Betriebsvermögen.....	385
3.6	Lineare und degressive Gebäude-AfA bei nachträglichen Herstellungsarbeiten.....	386
3.6.1	Änderung der AfA-Bemessungsgrundlage durch nachträgliche Herstellungskosten.....	386

3.6.2	Entstehung eines neuen Gebäudes oder eines neuen selbständigen Gebäudeteils.....	388
3.6.3	Fälle.....	388
3.7	AbschreibungsWechsel durch Nutzungsänderung.....	389
3.7.1	Dauer der Voraussetzungen für die höhere AfA.....	389
3.7.2	Änderung der Voraussetzungen für die jeweiligen AfA-Sätze und möglichen Fälle.....	390
3.7.3	Art und Höhe der AfA nach einer Nutzungsänderung.....	391
3.7.4	Fall.....	391
3.8	AfA nach einer Teilwertabschreibung (handelsrechtlich: nach einer außerplanmäßigen Abschreibung).....	392
3.9	AfA für Außenanlagen.....	393
4.	Die Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA) nach § 7 Abs. 1 Satz 6 EStG.....	393
4.1	Begriff und Möglichkeiten der AfaA.....	393
4.2	Anwendungsbereiche der AfaA.....	394
4.3	Zwang oder Wahlrecht für AfaA und Zeitpunkt der Vornahme.....	394
4.4	Abgrenzung zwischen AfaA und Teilwertabschreibung.....	395
4.5	Berechnung der AfaA.....	395
4.6	Weitere planmäßige AfA nach einer AfaA.....	395
4.7	Zuschreibung nach Wegfall der Gründe für die AfaA.....	395
4.8	Fälle.....	396
5.	Die Absetzung für Substanzverringerung (AfS).....	398
5.1	Begriff und Voraussetzungen für die AfS.....	398
5.2	Berechnung der AfS.....	398
5.3	Besonderheiten.....	399
6.	Erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen.....	399
6.1	Gemeinsame Vorschriften für erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen im § 7a EStG.....	399
6.1.1	Anwendungsbereich.....	399
6.1.2	Behandlung nachträglicher Änderungen der Anschaffungs- oder Herstellungskosten.....	399
6.1.3	Behandlung von Anzahlungen auf Anschaffungskosten und für Teilherstellungskosten.....	400
6.1.4	Pflicht zur Vornahme von Mindestabsetzungen bei Inanspruchnahme erhöhter Absetzungen.....	401
6.1.5	Keine degressive AfA bei Inanspruchnahme von Sonderabschreibungen.....	401
6.1.6	Kumulationsverbot.....	401
6.1.7	Kein Einfluß auf die Grenzen für die steuerliche Buchführungs-pflicht.....	401
6.1.8	Erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen bei mehreren Beteiligten.....	401
6.1.9	Sonstige gemeinsame Vorschriften.....	402
6.1.9.1	Formelle Voraussetzungen.....	402
6.1.9.2	AfA nach Ablauf des Begünstigungszeitraums.....	402
6.2	Erhöhte Absetzungen nach § 7d EStG für Wirtschaftsgüter, die dem Umweltschutz dienen (Regelung nur für bis Ende 1990 angefallene begünstigte Fälle).....	403
6.2.1	Persönlicher Geltungsbereich.....	403
6.2.2	Begünstigte Aufwendungen.....	403

6.2.3	Begünstigte Wirtschaftsgüter.....	404
6.2.4	Fünfjährige Zweckbindung.....	405
6.2.5	Zeitliche Vornahme der erhöhten Absetzungen.....	406
6.2.5.1	Für angeschaffte oder hergestellte begünstigte Wirtschaftsgüter	406
6.2.5.1.1	Grundsatz.....	406
6.2.5.1.2	Nachholung unterlassener erhöhter Absetzungen.....	406
6.2.5.1.3	Besonderheiten bei Wirtschaftsgütern mit einer Nutzungsdauer von weniger als 10 Jahren.....	406
6.2.5.2	Besonderheiten bei nachträglichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten.....	406
6.2.5.2.1	Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten nach § 7d Abs. 1 Satz 3 EStG.....	407
6.2.5.2.2	Nachträgliche Herstellungskosten nach § 7d Abs. 4 EStG	407
6.2.5.3	Besonderheit für Anzahlungen auf Anschaffungskosten und für Teilherstellungskosten.....	407
6.3	Sonderabschreibungen und Ansparabschreibungen zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe nach § 7g EStG.....	408
6.3.1	Sonderabschreibung nach § 7g Abs. 1 und 2 EStG als zusätzliche Abschreibung zur planmäßigen AfA.....	408
6.3.1.1	Berechtigter Personenkreis.....	408
6.3.1.2	Begünstigte Betriebe.....	408
6.3.1.2.1	Rechtslage bis 1996.....	408
6.3.1.2.2	Rechtslage ab 1997.....	409
6.3.1.2.3	Art der Person.....	409
6.3.1.3	Begünstigte Wirtschaftsgüter.....	409
6.3.1.4	Höhe und zeitliche Vornahme der Sonderabschreibung und weitere AfA in den Folgejahren.....	410
6.3.1.5	Besonderheiten.....	412
6.3.1.6	Übersicht zu § 7g Abs. 1 und 2 EStG.....	412
6.3.2	Ansparabschreibung nach § 7g Abs. 3 bis 7 EStG.....	413
6.3.2.1	Ansparabschreibung durch Bildung einer gewinnmindernden Rücklage.....	413
6.3.2.2	Voraussetzungen für die Bildung der Rücklage.....	414
6.3.2.3	Auflösung der Rücklage.....	415
6.3.2.3.1	Auflösung der Rücklage bei Anschaffung oder Herstellung des begünstigten Wirtschaftsguts.....	415
6.3.2.3.2	Auflösung der Rücklage, wenn ein begünstigtes Wirtschaftsgut nicht angeschafft oder hergestellt wird.....	416
6.3.2.4	Weitere Einzelfragen zur Fortführung und Auflösung der Rücklage	416
6.3.3	Anwendung im Beitrittsgebiet.....	417
6.3.4	Ansparabschreibung (Ansparrücklage) von einem Existenzgründer (§ 7g Abs. 7 EStG).....	417
7.	Bewertungsfreiheit für geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	
7.1	nach § 6 Abs. 2 EStG.....	417
7.2	Begriff und Allgemeines.....	417
7.3	Berechtigter Personenkreis.....	418
7.4	Materiellrechtliche Voraussetzungen.....	418
7.5	Formelle Voraussetzungen.....	419
7.6	Buchmäßige Behandlung.....	419
	Besonderheiten.....	420

J. Besonderheiten bei bestimmten Bilanzposten

1.	Aktivposten	422
1.1	Bilanzsteuerliche Besonderheiten bei Grundstücken	422
1.1.1	Grund und Boden und Gebäude zwei Wirtschaftsgüter	422
1.1.1.1	Kaufpreisaufteilung bei Erwerb von bebauten Grundstücken	422
1.1.1.2	Teilwertabschreibungen von Grundstücken.....	423
1.1.1.3	Abgrenzung Teilwertabschreibung und Absetzung für außer- ordentliche Abnutzung bei Grundstücken.....	423
1.1.2	Abbruch von Gebäuden und Außenanlagen sowie Teilen davon .. .	424
1.1.2.1	Gebäude, die schon geraume Zeit Betriebsvermögen sind	424
1.1.2.2	Gebäude, die erst kurzfristig im Betriebsvermögen sind	427
1.1.3	Gebäude auf fremdem Grund und Boden.....	430
1.1.3.1	Handelsrechtliche Behandlung	430
1.1.3.2	Steuerliche Behandlung	431
1.1.3.3	Gebäude im bürgerlich-rechtlichen Eigentum des Mieters oder Pächters	431
1.1.3.4	Gebäude im wirtschaftlichen Eigentum des Mieters oder Pächters	432
1.1.3.5	Bauaufwendungen wurden nicht vom Mieter oder Pächter getragen (Drittaufwand).....	435
1.1.4	Mietereinbauten und Mieterumbauten.....	^ 436
1.1.4.1	Begriff der Mietereinbauten und Mieterumbauten.....	436
1.1.4.2	Scheinbestandteile	436
1.1.4.3	Betriebsvorrichtungen	437
1.1.4.4	Sonstige Mietereinbauten im wirtschaftlichen Eigentum des Mieters	437
1.1.4.5	Besonderer betrieblicher Nutzungs- und Funktionszusammenhang...	438
1.1.4.6	Nutzungs- und Funktionszusammenhang zum Gebäude	439
1.2	Immaterielle Wirtschaftsgüter.....	440
1.2.1	Begriff	440
1.2.2	Entgeltlicher Erwerb immaterieller Wirtschaftsgüter	441
1.2.3	Einlagen immaterieller Wirtschaftsgüter.....	444
1.2.4	Abschreibung immaterieller Wirtschaftsgüter	444
1.2.5	Besonderheiten beim Firmenwert (Geschäftswert)	445
1.2.6	Besonderheiten bei Nutzungsrechten, insbesondere beim Nießbrauch	448
1.3	Wertpapiere und Beteiligungen	450
1.3.1	Wertpapiere	450
1.3.1.1	Zugehörigkeit zum Betriebsvermögen	450
1.3.1.2	Anschaffungskosten von Wertpapieren	451
1.3.1.3	Teilwert von Wertpapieren	451
1.3.1.4	Einzelbewertung .. .	453
1.3.1.5	Wertpapiere im Girosammeidepot	453
1.3.1.6	Berichtigungsaktien	455
1.3.1.7	Junge Aktien	456
1.3.2	Beteiligungen	458
1.3.2.1	Begriff	458
1.3.2.2	Bewertung	458
1.4	Forderungen	460
1.4.1	Uneinbringliche Forderungen	460
1.4.1.1	Zeitpunkt der Uneinbringlichkeit und Wertaufhellung	460
1.4.1.2	Uneinbringlichkeit und Umsatzsteuer	461
1.4.1.3	Buchmäßige Behandlung des Forderungsausfalls	461

1.4.1.4	Nachträglicher Eingang einer abgeschriebenen Forderung	462
1.4.2	Zweifelhafte Forderungen (Dubiose).....	462
1.4.3	Andere Wertminderungen.....	462
1.4.4	Wertberichtigungen.....	463
1.4.4.1	Einzelwertberichtigung.....;	463
1.4.4.2	Pauschalwertberichtigungen.....	464
1.4.4.2.1	Ausfallrisiko.....:	465
1.4.4.2.2	Skonti und sonstige Erlösschmälerungen.....	465
1.4.4.2.3	Zinsverlust.....'	466
1.4.4.2.4	Einziehungsrisiko.....	467
1.4.4.2.5	Rechtslageab 1.1.1999.....	467
1.4.5	Wertberichtigung und Umsatzsteuer.....	467
1.4.6	Buchungsprobleme.....	467
1.4.6.1	Buchmäßige Behandlung der zweifelhaften Forderungen	467
1.4.6.2	Buchmäßige Behandlung der Wertberichtigung.....	467
1.4.6.2.1	Das ruhende Wertberichtigungskonto.....	468
1.4.6.2.2	Das „gemischte“ Delkrederekonto.....	468
1.4.7	Zusammenfassender Beispielsfall.....	469
1.5	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten.....	470
1.5.1	Allgemeines.....	470
1.5.1.1	Begriff Rechnungsabgrenzung.....	470
1.5.1.2	Gesetzliche Grundlagen.....	471
1.5.1.3	Transitorisehe und antizipative Abgrenzung	471
1.5.1.4	Abgrenzung zu immateriellen Wirtschaftsgütern	471
1.5.2	Ausgaben vor dem Bilanzstichtag.....	472
1.5.3	Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag.....	472
1.5.4	Abgrenzung für Zölle und Verbrauchsteuem.....	473
1.5.5	Abgrenzung für Umsatzsteuer auf Anzahlungen.....	474
1.5.6	Buchmäßige Behandlung der aktiven RAP.....	474
2.	Passivposten.....	474
2.1	Allgemeine Grundsätze für die Bewertung der Verbindlichkeiten	474
2.2	Darlehensverbindlichkeiten.....	475
2.2.1	Normalverzinsliche Darlehensverbirdlichkeiten.....	475
2.2.1.1	Disagio und andere Finanzierungskosten.....	475
2.2.1.1.1	Aktivierungspflicht.....	475
2.2.1.1.2	Planmäßige Abschreibungen.....	476
2.2.1.1.3	Außerplanmäßige Abschreibungen.....	477
2.2.1.2	Sofort abziehbare Finanzierungskosten.....	478
2.2.2	Unverzinsliche und niedrigerverzinsliche Darlehensverbindlichkeiten	478
2.3	Valutaverbindlichkeiten.....	479
2.4	Erhaltene Anzahlungen.....	480
2.5	Rückstellungen (ohne Pensionsrückstellungen).....	481
2.5.1	Allgemeiner Begriff und Bedeutung	481
2.5.2	Abgrenzung zu anderen Passivposten.....	481
2.5.3	Rechtliche Grundlagen für den Ansatz einer Rückstellung	482
2.5.4	Wertbeeinflussung und Wertaufhellung.....	482
2.5.5	Einzelfälle von Rückstellungen.....	483
2.5.5.1	Gewerbesteuerrückstellung.....	483
2.5.5.1.1	5/6-Methode.....	483
2.5.5.1.2	Divisormethode.....	484
2.5.5.1.3	Multiplikatormethode.....	486

2.5.5.1.4	Überzahlte Gewerbesteuer.....	486
2.5.5.1.5	Gewerbesteuer-Nachholungen.....	487
2.5.5.1.6	Abzinsung der Gewerbesteuerrückstellung.....	488
2.5.5.2	Garantierückstellungen.....	488
2.5.5.3	Rückstellung für Jahresabschluß.....	489
2.5.5.4	Rückstellung für Prozeßrisiko und Prozeßkosten.....	490
2.5.5.4.1	Rückstellung für Prozeßrisiko.....	490
2.5.5.4.2	Rückstellung für Prozeßkostenrisiko.....	490
2.5.5.4.3	Rückstellung für Verletzung von Schutzrechten.....	491
2.5.5.5	Rückstellungen aus Arbeitsverhältnissen.....	491
2.5.5.5.1	Rückstellung für Gratifikationen und Tantiemen.....	492
2.5.5.5.2	Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen.....	493
2.5.5.5.3	Belastung durch laufende Dienstverträge.....	494
2.5.5.5.4	Rückstellungen für Leistungen auf Grund eines Sozialplanes	494
2.5.5.6	Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften....	494
2.5.5.6.1	Beschaffungsgeschäfte.....	495
2.5.5.6.2	Absatzgeschäfte.....	496
2.5.5.6.3	Dauerschuldverhältnisse.....	496
2.5.5.7	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsaufwendungen	497
2.5.5.7.1	Allgemeines.....	497
2.5.5.7.2	Wahlrecht.....	498
2.5.5.7.3	Vorübergehende Wertminderung bei Sachanlagen.....	498
2.5.5.7.4	Abraumbeseitigung.....	498
2.5.5.7.5	Künftig anfallende Instandhaltungsaufwendungen.....	498
2.5.5.7.6	Verpflichtungen zur Rekultivierung oder zum Abbruch.....	499
2.5.5.7.7	Rückstellung für Pachtanlagenerneuerung (Pachterneuerungs- rückstellung).....	499
2.5.5.8	Rückstellungen für Haftungsrisiken (Eventualverbindlichkeiten) . . .	501
2.5.5.8.1	Bürgschaften.....	501
2.5.5.8.2	Wechselobligo.....	502
2.5.5.8.3	Steuerschulden.....	503
2.5.5.9	Verbindlichkeiten gegenüber Handelsvertretern.....	503
2.5.5.9.1	Provisionsansprüche.....	503
2.5.5.9.2	Ausgleichsanspruch nach § 89b HGB.....	503
2.5.6	Abzinsung bei Rückstellungen.....	504
2.5.7	Auflösung von Rückstellungen.....	504
2.5.8	Buchmäßige Behandlung der Rückstellungen.....	505
2.5.8.1	Erstmalige Bildung und Aufstockung.....	505
2.5.8.2	Verbrauch und Auflösung von Rückstellungen.....	506
2.5.8.3	Rückstellungen als ruhendes Konto.....	506
2.5.9	Nachholung von Rückstellungen.....	507
2.6	Pensionsrückstellungen	507
2.6.1	Allgemeines.....	507
2.6.2	Voraussetzungen.....	508
2.6.3	Zeitpunkt der Bildung.....	508
2.6.4	Höhe der Rückstellung.....	508
2.6.4.1	Teilwert.....	508
2.6.4.2	Zuführung und Nachholverbote.....	509
2.6.4.3	Ausnahmen vom Nachholverbote.....	509
2.6.4.4	Verteilung von Zuführungsbeträgen.....	509
2.6.4.5	Einzelbewertung.....	510
2.6.4.6	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz.....	510

2.6.5	Auflösung der Rückstellung	510
2.6.6	Sonderfälle.....	511
2.6.6.1	Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer von Personen- gesellschaften.....	511
2.6.6.2	Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer von Kapital- gesellschaften.....	512
2.6.6.3	Pensionszusagen an Arbeitnehmer-Ehegatten.....	512
2.6.7	Rückdeckungsversicherung.....	513
2.7	Passive Rechnungsabgrenzungsposten.....	513
2.7.1	Einnahmen vor dem Bilanzstichtag.....	513
2.7.2	Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag.....	514
2.8	Rücklagen.....	515
2.8.1	Offene Rücklagen.....	515
2.8.2	Stille Rücklagen (Reserven).....	515
2.9	Steuerfreie Rücklagen.....	515
2.9.1	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven bei Ersatzbeschaffung (Rücklage für Ersatzbeschaffung) nach R 35 EStR	516
2.9.1.1	Allgemeines.....	516
2.9.1.2	Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigung nach R 35 EStR.....	516
2.9.1.2.1	Ausscheiden eines Wirtschaftsguts aus dem Betriebsvermögen .. .	516
2.9.1.2.2	Ausscheidensgründe.....	517
2.9.1.2.3	Leistung einer Entschädigung von dritter Seite	518
2.9.1.2.4	Anschaffung oder Herstellung eines Ersatzwirtschaftsguts.....	519
2.9.1.3	Wahlmöglichkeiten bei Vorliegen der Voraussetzungen • für die Inanspruchnahme der Vergünstigung nach R 35 EStR .. .	519
2.9.1.3.1	Sofortige Versteuerung der aufgedeckten stillen Reserven.....	519
2.9.1.3.2	Übertragung der aufgedeckten stillen Reserven auf ein im selben Wirtschaftsjahr angeschafftes oder hergestelltes Ersatz- wirtschaftsgut.....	520
2.9.1.3.3	Bildung einer „Rücklage für Ersatzbeschaffung“ für die aufgedeckten stillen Reserven und Übertragung im Folgejahr oder einem späteren Wirtschaftsjahr.....	521
2.9.1.4	Weitere Voraussetzungen für die Übertragung stiller Reserven .. .	522
2.9.1.4.1	Einhaltung bestimmter Fristen.....	522
2.9.1.4.2	Ausweis in der Handelsbilanz	522
2.9.1.5	Besonderheiten.....	523
2.9.1.5.1	Anteilige Übertragung auf ein Ersatzwirtschaftsgut	523
2.9.1.5.2	Ausnahmeregelung bei bebauten Grundstücken für Grund und Boden und Gebäude.....	524
2.9.1.5.3	Beschädigung eines Wirtschaftsguts .. .	524
2.9.1.5.4	Rücklage für Ersatzbeschaffung und Betriebsveräußerung oder Betriebsaufgabe.....	525
2.9.1.5.5	Übertragung auf einen anderen Betrieb desselben Unternehmers .. .	525
2.9.1.5.6	Einbeziehung von Zinsen in die Rücklage für Ersatzbeschaffung .. .	526
2.9.1.5.7	Kein rückwirkender Wegfall der Steuervergünstigung nach R 35 EStR bei späterer Korrektur in der Handelsbilanz .. .	526
2.9.1.6	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven im Rahmen von R 35 EStR für Steuerpflichtige, die den Gewinn durch Überschuß- rechnung nach § 4 Abs. 3 EStG ermitteln.....	526

2.9.2	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven und Bildung einer Rücklage für Reinvestitionen nach § 6b EStG.....	526
2.9.2.1	Allgemeines.....	526
2.9.2.2	Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigung nach § 6b EStG.....!	527
2.9.2.2.1	Veräußerung von Wirtschaftsgütern.....	527
2.9.2.2.2	Begünstigte Wirtschaftsgüter und Dauer der Zugehörigkeit zum inländischen Betriebsvermögen.....	527
2.9.2.2.3	Umfang der übertragungsfähigen stillen Reserven.....	530
2.9.2.2.4	Übertragung der aufgedeckten stillen Reserven nur auf bestimmte Wirtschaftsgüter zulässig.....	531
2.9.2.3	Wahlmöglichkeiten bei Vorliegen der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigung des § 6b EStG.....	533
2.9.2.3.1	Sofortige Versteuerung der aufgedeckten stillen Reserven.....	533
2.9.2.3.2	Übertragung der aufgedeckten stillen Reserven auf ein im selben oder im vorangegangenen Wirtschaftsjahr angeschafftes oder hergestelltes Wirtschaftsgut.....	533
2.9.2.3.3	Bildung einer „Rücklage nach § 6b EStG (Rücklage für Reinvestition)“ für die aufgedeckten stillen Reserven und Übertragung in den folgenden Wirtschaftsjahren.....	536
2.9.2.3.4	Auflösung der steuerfreien Rücklage ohne Übertragung.....	537
2.9.2.4	Weitere Voraussetzungen für die Übertragung stiller Reserven bzw. Bildung einer steuerfreien Rücklage nach § 6b EStG.....	538
2.9.2.4.1	Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 1 oder § 5 EStG.....	538
2.9.2.4.2	Behandlung in der Buchführung.....	538
2.9.2.4.3	Gleiche Behandlung auch in der Handelsbilanz..... ;	538
2.9.2.5	Abschreibung für das Wirtschaftsgut, auf das aufgedeckte stillen Reserven übertragen wurden.....	538
2.9.2.6	Übertragungsmöglichkeiten auf verschiedene Betriebe.....	539
2.9.2.7	Besonderheiten.....	541
2.9.2.7.1	Übertragungsmöglichkeiten bei Erweiterung, Ausbau und Umbau von Gebäuden und Schiffen ...C.....	541
2.9.2.7.2	Bildung einer steuerfreien Rücklage bei einer Betriebsveräußerung..	542
2.9.2.7.3	Besondere Voraussetzungen bei Übertragungen auf Anteile an Kapitalgesellschaften.....	543
2.9.2.8	Übersicht über Unterschiede zwischen R 35 EStR und § 6b EStG	543
2.9.3	Andere steuerfreie Rücklagen.....	544
2.9.3.1	Zuschußrücklage.....	544
2.9.3.2	Ansparrücklage.....	544
2.9.3.2.1	Zweck der Rücklage.....	544
2.9.3.2.2	Voraussetzungen für die Rücklage.....	545
2.9.3.2.3	Auflösung der Rücklage.....	545
2.9.3.2.4	Gewinnzuschlag.....	545
2.9.3.2.5	Buchmäßige Behandlung.....	546
2.9.3.3	Euromrechnungsrücklage.....	546
2.9.3.4	Rücklage nach § 52 Abs. 16 EStG.....	547
2.10	Wertberichtigungen.....	548
2.10.1	Wertberichtigungen zu Anlagevermögen.....	548
2.10.2	Wertberichtigungen auf Forderungen.....	549
2.10.3	Wertberichtigungskonto.....	549

K. Besonderheiten bei bestimmten Gewinn- und Verlust-Posten

1.	Umsatzerlöse und aktivierte Eigenleistungen	550
1.1	Umsatzerlöse und schwedende Geschäfte	550
1.2	Gewinnverwirklichung bei Umsatzerlösen	550
1.2. 1	Gewinnverwirklichung bei Kaufverträgen	550
1.2.2	Gewinnverwirklichung bei Leistungen	551
1.2.3	Besonderheiten in der Bauwirtschaft	551
1.2.3.1	Unfertige Bauten	551
1.2.3.2	Noch nicht abgerechnete Bauten	552
1.2.4	Gewinnverwirklichung bei Handelsvertretern	552
1.3	Aktivierte Eigenleistungen	553
1.3. 1	Bestandsveränderungen bei eigenen Erzeugnissen	553
1.3.2	Bestandsveränderungen bei Handelswaren	553
1.3.3	Andere aktivierte Eigenleistungen	553
2.	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	553
2.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	553
2.2	Aufwendungen für bezogene Waren (Wareneinsatz)	554
2.2. 1	Buchmäßige Behandlung der Waren	554
2.2.2	Auswirkungen von Fehlbuchungen bei Waren	555
2.2.3	Auswirkung von Anschaffungspreisminderungen	556
3.	Löhne und Gehälter	557
3.1	Lohnbuchhaltung - Finanzbuchhaltung	558
3.2	Buchung von Lohnzahlungen	558
3.2.1	Lohnzahlung ohne Besonderheiten	558
3.2.2	Vermögenswirksame Leistungen	559
3.2.3	Abschlagszahlungen	561
3.2.4	Vorschüsse - Arbeitgeberdarlehen	561
3.2.5	Sachbezüge	563
4.	Provisionsaufwand und -ertrag durch Kommissionsgeschäfte	564
4.1	Allgemeines	564
4.2	Einkaufskommission	564
4.3	Verkaufskommission	567
5.	Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	571
5.1	Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren (Rentenpapieren)	571
5.2	Erträge aus Dividendenpapieren	573
5.3	Beteiligungserträge	576
6.	Diskontaufwand und -ertrag sowie Finanzkosten bei Wechselgeschäften	577
6.1	Allgemeines	577
6.2	Der gezogene Wechsel	578
6.2.1	Verwertungsmöglichkeiten	578
6.2.2	Wechsel und Umsatzsteuer	579
6.2.3	Buchungsbeispiele	579
6.2.4	Rechnungsabgrenzung bei Wechseldiskontierung	581
6.2.5	Wechselprolongation	581
6.2.6	Wechselprotest	582

L. Bilanzberichtigung und Bilanzänderung sowie Berichtigungstechnik und Mehr- und Wenigerrechnung

1.	Die Grundsätze der Bilanzberichtigung	584
1.1	Begriff.....	584
1.1.1	Unterscheidung und Abgrenzung zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz.....	585
1.1.2	Nachträglich fehlerhafte Steuerbilanz aufgrund Änderung der Rechtsprechung.....	585
1.2	Unterscheidung zwischen verschiedenartigen Fehlern	586
1.2.1	Abgrenzung zwischen objektiven und subjektiven Fehlern	586
1.2.2	Mögliche Bilanzierungsfehler.....	586
1.2.3	Mögliche Bewertungsfehler.....	587
1.3	Verhältnis des Grundsatzes des Bilanzzusammenhangs zur Bilanzberichtigung.....	587
1.4	Steuerlich zu beachtende verfahrensrechtliche Grundsätze für eine Bilanzberichtigung.....	588
1.4.1	Pflicht des Steuerpflichtigen zur Bilanzberichtigung	588
1.4.2	Bilanzberichtigung in den Fällen, in denen die Steuerfestsetzungen noch nicht durchgeführt oder noch nicht bestandskräftig sind	588
1.4.3	Bilanzberichtigung bereits bestandskräftiger Steuerfestsetzungen .. .	588
1.4.3.1	Fehlerfälle, bei denen die Steuerfestsetzungen nach der AO noch geändert werden können.....	588
1.4.3.2	Fehlerfälle, bei denen die Steuerfestsetzungen nach der AO nicht mehr änderbar sind.....	588
1.4.3.2.1	Fehlergruppe 1: Der Fehler hat sich bisher steuerlich noch nicht ausgewirkt.....	589
1.4.3.2.2	Fehlergruppe 2: Der Fehler hat sich bisher steuerlich ausgewirkt . .	591
1.4.3.2.2.1	Bilanzfehler als Bilanzierungs- und Bewertungsfehler bei Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens.....	591
1.4.3.2.2.2	Bilanzfehler als Bilanzierungsfehler bei Wirtschaftsgütern ohne Betriebsvermögenseigenschaft bzw. bei privaten Entnahmevergängen.....	595
1.4.3.2.3	Fehlergruppe 3: Berichtigung der Anfangsbilanz eines noch änderbaren Veranlagungszeitraums unter Durchbrechung des Bilanzzusammenhangs bei Verstößen gegen Treu und Glauben.....	596
1.5	Anpassung der laufenden Buchführung an die in einem Vorjahr vorgenommene Bilanzberichtigung.....	597
2.	Die Grundsätze der Bilanzänderung	598
2.1	Begriff und allgemeine Voraussetzungen für eine Bilanzänderung ...	598
2.2	Zustimmung des Finanzamts erforderlich.....	599
2.3	Steuerlich zu beachtende verfahrensrechtliche Grundsätze für eine Bilanzänderung.....	600
2.4	Bindung der Steuerbilanz an die Handelsbilanz.....	601
2.5	Anpassung der laufenden Buchführung an die in einem Vorjahr vorgenommene Bilanzänderung.....	601
3.	Technik der Bilanzberichtigung und Bilanzänderung in der Praxis und bei der Bearbeitung von Klausuren	602
3.1	Zusammenfassung der berichteten und der nicht berichteten Bilanzposten in einer berichteten Bilanz (Prüferbilanz aufgrund einer Außenprüfung).....	602

3.2	Berichtigung des Kapitals durch Saldierung der „Aktivposten lt. Prüferbilanz minus Passivposten lt. Prüferbilanz“.....	602
3.3	Ermittlung des Gewinns durch Bestandsvergleich aufgrund der berichtigten Ergebnisse.....	602
3.4	Auswirkungen der Berichtigung bzw. Änderung von Bilanzposten auf das Kapital und den Gewinn.....	602
4.	Die Gewinnberichtigung im Rahmen der Mehr- und Weniger-rechnung (MWR).....	603
4.1	Begriff, Wesen und Zweck der MWR.....	603
4.2	Verschiedene Methoden der MWR.....	603
4.2.1	MWR (Gewinnberichtigung) nach der Bilanz-Methode.....	604
4.2.2	MWR (Gewinnberichtigung) nach der Gu V-Methode.....	604
4.3	Die Technik der MWR.....	604
4.3.1	Allgemeines.....	604
4.3.2	Die Technik der MWR (Gewinnberichtigung) nach der Bilanz-Methode.....	604
4.3.2.1	Getrennte Darstellung der Bilanzberichtigung und Gewinnberichtigung nach der Bilanz-Methode.....	605
4.3.2.2	Integrierte Darstellung der Bilanzberichtigung und Gewinnberichtigung nach der Bilanz-Methode.....	607
4.3.3	Die Technik der MWR (Gewinnberichtigung) nach der Gu V-Methode.....	608
4.3.3.1	MWR nach der Gu V-Methode unter Gegenüberstellung der bisherigen und richtigen bzw. geänderten Gewinnauswirkung	608
4.3.3.2	MWR nach der GuV-Methode unter Einbeziehung der Berichtigung des GuV-Postens (integrierte GuV-Posten-Berichtigung und Gewinnberichtigung).....	609
4.3.4	Verwendung nur einer der beiden MWR-Methoden oder Anwendung beider Methoden?.....	609
4.3.5	Verwendung des amtlichen Vordrucks.....	609
4.4	Hinweise zur Bearbeitung von Klausuren und-Prüfungsarbeiten.....	612
4.5	Weitere Fälle.....	612
4.6	Fälle zur Anpassung an einen Vorprüfungszeitraum.....	617

M. Betriebseröffnung, Betriebserwerb, Betriebsübertragung, Betriebsaufgabe

1.	Betriebseröffnung.....	626
2.	Betriebserwerb.....	626
2.1	Entgeltlicher Betriebserwerb.....	626
2.2	Unentgeltlicher Betriebserwerb.....	626
2.3	Teilentgeltlicher Betriebserwerb.....	626
3.	Betriebsübertragung und Betriebsaufgabe :	630
3.1	Entgeltliche Betriebsübertragung.....	630
3.2	Unentgeltliche Betriebsübertragung.....	631
3.3	Betriebsaufgabe.....	631
3.4	Betriebsverpachtung.....	632
3.5	Weitere Abgrenzungen.....	633
3.6	Fälle.....	634
3.7	Forderungen und Schulden nach Betriebsveräußerung und -aufgabe	635

N. Verträge unter Verwandten

1.	Arbeitsverträge mit Ehegatten	637
1.1	Bürgerlich-rechtlich wirksame Vereinbarung.....	637
1.2	Durchführung wie unter fremden Dritten (steuerlicher Fremdvergleich).....	637
1.3	Angemessenheit der Vergütungen.....	639
2.	Arbeitsverträge mit Kindern	639
3.	Andere Verträge unter nahen Angehörigen	640
3.1	Gesellschaftsverträge.....	640
3.2	Pachtverträge.....	640
3.3	Schenkungs- und Darlehensverträge.....	641
3.4	Nutzungsüberlassungsverträge.....	643

O. Besonderheiten bei Personengesellschaften

1.	Begriff der Mitunternehmerschaft	644
1.1	Handelsrecht und Steuerrecht.....	644
1.2	Mitunternehmerinitiative und Mitunternehmerrisiko.....	644
1.3	Keine Identität Gesellschafter und Mitunternehmer.....	644
1.4	Mitunternehmerschaft nur am Gewerbebetrieb möglich.....	646
1.5	Einzelne Gesellschaftsformen.....	646
1.5.1	Offene Handelsgesellschaft (OHG).....	646
1.5.2	Kommanditgesellschaft (KG).....	646
1.5.3	Gewerblich tätige BGB-Gesellschaft (GbR).....	647
1.5.4	Atypisch stille Gesellschaft.....	647
1.5.5	Atypisch stille Unterbeteiligung.....	648
1.5.6	Gütergemeinschaft.....	649
1.5.7	Erbengemeinschaft.....	649
1.5.8	Betriebsaufspaltung.....	650
1.5.9	Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung.....	652
2.	Besonderheiten im Rahmen der steuerlichen Gewinnermittlung	653
2.1	Unterschiede bei der Gewinnermittlung gegenüber Einzelbetrieben.....	653
2.1.1	Die Kapitalkonten.....	653
2.1.2	Die Privatkonten.....	654
2.1.3	Sonder- und Ergänzungsbilanzen.....	654
2.1.4	Der Mitunternehmererlaß.....	654
2.2	Umfang des Betriebsvermögens von Personengesellschaften.....	655
2.2.1	Gesamthandvermögen.....	655
2.2.1.1	Notwendiges Betriebsvermögen.....	655
2.2.1.2	Gewillkürtes Betriebsvermögen.....	655
2.2.1.3	Notwendiges Privat vermögen.....	656
2.2.1.4	Grundstücke und Grundstücksteile.....	657
2.2.2	Sonderbetriebsvermögen.....	657
2.2.2.1	Begriff.....	657
2.2.2.2	Sonderbetriebsvermögen I.....	657
2.2.2.2.1	Notwendiges Sonderbetriebsvermögen I.....	657
2.2.2.2.2	Gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen 1.....	658
2.2.2.3	Sonderbetriebsvermögen II.....	658
2.2.2.3.1	Notwendiges Sonderbetriebsvermögen II.....	658

2.2.2.3.2	Gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen II.....	659
2.3	Buchmäßige Behandlung des Sonderbetriebsvermögens.....	660
2.3.1	Laufende Geschäftsvorfälle im Sonderbetriebsvermögen.....	660
2.3.2	Sonderbetriebsvermögen und Gewinnfeststellung	662
2.4	Gewinnrealisierung bei der Übertragung von Wirtschaftsgütern	662
2.4.	Übertragung von Sonderbetriebsvermögen.....	662
2.4. .1	Entgeltliche Veräußerung an Dritte oder an Mitunternehmer.....	662
2.4. .2	Unentgeltliche oder teilentgeltliche Übertragung an Mitunternehmer	663
2.4. .3	Übertragung in das Gesamthandsvermögen.....	664
2.4. .3.1	Entgeltliche Veräußerung an die Personengesellschaft.....	664
2.4. .3.2	Übertragung gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten.....	665
2.4. .3.2.1	Folgen bei Teilwertansatz.....	666
2.4. .3.2.2	Folgen bei Buchwertfortführung (für Übertragungen bis 31.12.1998)	667
2.4. .3.2.3	Folgen bei Ansatz eines Zwischenwerts (für Übertragungen bis 31.12.1998).....	668
2.4.1.4	Entnahme in das Privatvermögen.....	668
2.4.2	Übertragung von Gesamthandvermögen.....	669
2.4.2.1	Übertragung in ein Sonderbetriebsvermögen.....	669
2.4.2.1.1	Entgeltliche Veräußerung.....	669
2.4.2.1.2	Übertragung gegen Minderung von Gesellschaftsrechten	670
2.4.2.2	Übertragung in einen anderen Betrieb eines Mitunternehmers.....	671
2.4.2.3	Übertragung in das Privatvermögen.....	671
2.4.2.3.1	Entgeltliche Veräußerung.....	671
2.4.2.3.2	Unentgeltliche Übertragung	671
2.4.3	Übertragung von Privatvermögen ins Betriebsvermögen.....	671
2.4.3.1	Einlage ins Sonderbetriebsvermögen.....	672
2.4.3.2	Einbringung in das Gesamthand vermögen.....	672
2.4.4	Übertragung von anderem Betriebsvermögen ins Gesamthand-vermögen.....	673
2.4.5	Vermögensübertragung und Umsatzsteuer.....	673
2.5	Vergütungen der Personengesellschaften an ihre Mitunternehmer oder umgekehrt für besondere Leistungen.....	673
2.5.1	Vergütungen an Mitunternehmer.....	673
2.5.1.1	Vergütungen für Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft	673
2.5.1.2	Vergütungen für die Hingabe von Darlehen.....	676
2.5.1.3	Vergütungen für die Überlassung von Wirtschaftsgütern.....	677
2.5.1.4	Vergütungen für Lieferungen durch Mitunternehmer.....	677
2.5.2	Leistungen der Personengesellschaft an ihre Mitunternehmer	677
2.6	Behandlung der Sonderbetriebsausgaben.....	677
2.7	Übertragung stiller Reserven zwischen Mitunternehmer und Personengesellschaft	678
2.7.1	Buchgewinn-Übertragung von Gesellschafter auf Gesellschaft	678
2.7.2	Buchgewinn-Übertragung von Gesellschaft auf Gesellschafter	679
2.8	Verlustberücksichtigung bei Kommanditisten mit negativem Kapitalkonto (§ 15aEStG).....	680
3.	Verteilung von Gewinn und Verlust und buchmäßige Behandlung.....	681
3.1	Ermittlung des steuerlichen Ergebnisses.....	681
3.2	Verteilung von Gewinn und Verlust.....	681
3.3	Buchmäßige Behandlung	682
3.4	Beispieldurchgang.....	683

4.	Behandlung der Beteiligung eines Mitunternehmers im Betriebsvermögen seines Einzelbetriebs.....	686
5.	Besonderheiten bei der Gründung von Personengesellschaften	686
5.1	Begründung.....	686
5.2	Sachgründung.....	687
5.3	Fälle des § 24 UmwStG.....	687
5.3.1	Teilwertansatz.....	688
5.3.2	Buchwertfortführung.....	689
5.3.3	Ansatz eines Zwischenwerts.....	693
5.4	Gründung von Personengesellschaften und Umsatzsteuer.....	694
6.	Besonderheiten beim Eintritt oder Ausscheiden eines Mitunternehmers.....	694
6.1	Aufnahme eines weiteren Mitunternehmers.....	694
6.2	Gesellschafterwechsel.....	695
6.2.1	Allgemeines.....	695
6.2.2	Kaufpreis über Buchwert.....	695
6.2.3	Personenbezogene Steuervorschriften.....	6%
6.2.4	Kaufpreis unter Buchwert.....	697
6.3	Ausscheiden eines Mitunternehmers aus einer Personengesellschaft	698
6.3.1	Allgemeines.....	698
6.3.2	Handelsrechtliche (zivilrechtliche) Folgen.....	698
6.3.3	Ertragssteuerliche Folgen.....	698
6.3.3.1	Abfindung über Buchwert.....	699
6.3.3.2	Abfindung an lästige Gesellschafter.....	701
6.3.3.3	Abfindung unter Buchwert.....	702
6.3.3.4	Sachwertabfindung.....	704
6.3.3.4.1	Erfolgswirksame Sachwertabfindung.....	704
6.3.3.4.2	Erfolgsneutrale Sachwertabfindung.....	705
6.3.3.5	Privat beeinflußte Abfindungen.....	706
6.3.3.5.1	Ausscheiden über Teilwert.....	706
6.3.3.5.2	Ausscheiden unter Buchwert.....	706
6.3.3.6	Ausscheiden eines Gesellschafters und Umsatzsteuer.....	706
7.	Realteilung.....	707
7.1	Begriff.....	707
7.2	Steuerliche Folgen.....	707
7.2.1	Versteuerung eines Aufgabegewinns.....	708
7.2.2	Buchwertfortführung.....	708
7.2.2.1	Einfache Buchwertfortführung.....	709
7.2.2.2	Kapitalkontenangleichung.....	709
7.2.3	Realteilung mit Spitzenausgleich.....	710
7.2.3.1	Spitzenausgleich und Teilwertansatz.....	710
7.2.3.2	Wertausgleich und Buchwertfortführung.....	711
7.2.4	Ansatz eines Zwischenwerts.....	714
8.	Besonderheiten bei der GmbH & Co KG.....	714
8.1	Allgemeines.....	714
8.2	Betriebsvermögen der GmbH & Co KG.....	714
8.3	Gewinnverteilung bei der GmbH & Co KG.....	714
8.3.1	Vertragliche Gewinnverteilung.....	714
8.3.2	Erträge aus Sonderbetriebsvermögen.....	715
8.3.3	Verdeckte Gewinnausschüttung.....	715

8.4	Tätigkeitsvergütung für Geschäftsführer.....	716
8.4.1	Kommanditist als Geschäftsführer.....	716
8.4.2	Fremder Geschäftsführer.....	716
8.4.3	Geschäftsführer und „doppelstöckige“ GmbH & Co KG.....	717
9.	Besonderheiten bei der typischen stillen Gesellschaft	717
9.1	Allgemeines.....	717
9.2	Behandlung der stillen Einlage beim Betriebsinhaber.....	718
9.3	Behandlung beim stillen Gesellschafter.....	718
9.4	Stille Beteiligung und Gewerbesteuer.....	719

P. Besonderheiten beim Abschluß von Kapitalgesellschaften

1.	Grundlegende Unterschiede zur Personengesellschaft	720
1.1	Die Kapitalkonten.....	720
1.1.1	Gezeichnetes Kapital.....	721
1.1.2	Kapitalrücklagen.....	721
1.1.3	Gewinnrücklagen.....	721
1.1.4	Gewinn- bzw. Verlustvortrag - Jahresüberschuß bzw. -fehlbetrag	721
1.2	Personensteuern.....	722
1.2.1	Personensteuern als Aufwand.....	722
1.2.2	Körperschaftsteuerrückstellung.....	723
1.2.3	Steuernachzahlungen und -erstattungen.....	723
2.	Besondere Gliederungsvorschriften für Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.....	724
2.1	Die Bilanzgliederung nach § 266 HGB.....	724
2.2	Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung nach § 275 HGB	725
2.3	Der Anhang.....	725
2.4	Erleichterungen für kleine Kapitalgesellschaften.....	726
2.4.1	Größenklassen.....	726
2.4.2	Verkürzte Bilanz.....	727
3.	Besondere Bewertungs-und Bilanzierungsvorschriften	728
3.1	Sonderposten mit Rücklageanteil.....	728
3.1.1	Inhalt des Postens.....	728
3.1.2	Buchungsprobleme bei Sonderposten mit Rücklageanteil.....	729
3.2	Steuerabgrenzung gemäß § 274 HGB (latente Steuern).....	730
3.2.1	Passive (passivische) Steuerabgrenzung.....	730
3.2.1.1	Rückstellung für latente Steuern.....	731
3.2.1.2	Höhe der Rückstellung.....	731
3.2.1.3	Beispiel.....	731
3.2.2	Aktive (aktivische) Steuerabgrenzung.....	732
3.2.3	Saldierung der latenten Steuern.....	732
3.3	Besondere Bewertungsvorschriften.....	732
3.3.1	Abschreibungen.....	732
3.3.2	Wertaufholungsgebot.....	733
4.	Konzernabschluß.....	734
5.	Genossenschaften.....	734
6.	Steuerbilanz und steuerliche Ausgleichsposten	734
6.1	Steuerbilanz.....	734
6.2	Steuerliche Ausgleichsposten „Mehrkapital“ und „Minderkapital“	735
7.	Buchung der Gewinnverwendung.....	736

Q. Besonderheiten bei Umwandlungen

1.	Umwandlung nach Handelsrecht	738
1.2	Der Begriff der Umwandlung.....	738
1.3	Rechtsträger.....	738
1.4	Die Umwandlungsvorgänge im einzelnen.....	739
1.4.1	Verschmelzung.....	73.9
1.4.2	Spaltung	739
1.4.2.1	Aufspaltung.....	739
1.4.2.2	Abspaltung.....	739
1.4.2.3	Ausgliederung.....	740
1.4.3	Vermögensübertragung.....	740
1.4.4	Formwechsel.....	740
1.5	Übersicht über die nach dem UmwG zulässigen Umwandlungen.....	740
2.	Umwandlung nach Steuerrecht	742
2.1	Umwandlungssteuergesetz.....	742
2.2	Steuerliche Rückwirkung.....	742
2.3	Einzelne Fälle von Umwandlungen.....	743
2.3.	Vennögensübertragung von Personengesellschaften.....	743
2.3.	Verschmelzung von Personengesellschaft auf Personengesellschaft	743
2.3. .2	Vermögensübertragung auf Kapitalgesellschaft.....	743
2.3. .2.1	Buchwertfortführung.....	744
2.3. .2.1.1	Folgen für die Einbringenden	744
2.3. .2.1.2	Folgen für die Kapitalgesellschaft.....	744
2.3. .2.2	Teil Wertansatz.....	745
2.3. .2.2.1	Folgen für die Einbringenden	745
2.3. .2.2.2	Folgen für die Kapitalgesellschaft.....	746
2.3. .2.3	Ansatz eines Zwischenwerts.....	747
2.3. .2.3.1	Folgen für die Einbringenden	747
2.3. .2.3.2	Folgen für die Kapitalgesellschaft.....	747
2.3. .3	Veräußerung der Gesellschaftsanteile.....	748
2.3. .4	Umwandlung und Umsatzsteuer.....	749
2.3.1.5	Sonstiges.....	749
2.3.2	Verschmelzung von Personengesellschaften.....	749
2.3.3	Umwandlung einer GmbH in eine Personengesellschaft.....	750
2.3.3.1	Steuerliche Schlußbilanz.....	751
2.3.3.2	Buchwertfortführung.....	751
2.3.3.2.1	Auswirkung bei der Kapitalgesellschaft.....	751
2.3.3.2.2	Auswirkungen bei der Personengesellschaft.....	751
2.3.3.4	Teilwert-Ansatz.....	752
2.3.3.4.1	Auswirkung bei der Kapitalgesellschaft.....	752
2.3.3.4.2	Auswirkungen bei der Personengesellschaft.....	753
2.3.3.5	Weitere Folgen für die Personengesellschaft.....	754
2.3.3.6	Besonderheiten bei nicht wesentlich Beteiligten.....	754
	Stichwortverzeichnis	755

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	= anderer Ansicht
a.a.O.	= am angegebenen Ort
AB	= Anfangsbestand
Abschn.	= Abschnitt
a.F.	= alter Fassung
AfA	= Absetzung für Abnutzung
AfaA	= Absetzung für außergewöhnliche wirtschaftliche oder technische Abnutzung
AfS	= Absetzung für Substanzverringerung
AG	= Aktiengesellschaft
AK	= Anschaffungskosten
AktG	= Aktiengesetz
AO	= Abgabenordnung 1977
a.o. Aufwand	= außergewöhnlicher Aufwand
a.o. Ertrag	= außerordentlicher Ertrag
Art.	= Artikel
AV	= Anlagevermögen
Ba-Wü	= Baden-Württemberg
BB	= Betriebs-Berater
BBauG	= Bundesbaugesetz
Bd.	= Band
BdF (BMF)	= Bundesminister der Finanzen
BerlinFG	= Berlinförderungsgesetz
BewG	= Bewertungsgesetz
BFH	= Bundesfinanzhof
BFHE	= Entscheidung des Bundesfinanzhofs
BFH/NV	= Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des BFH
BGB	= Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI I	= Bundesgesetzblatt Teil I
BGH	= Bundesgerichtshof
bgND	= betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer
BiRiLiG	= Bilanzrichtlinien-Gesetz
BMF (BdF)	= Bundesminister der Finanzen
BStBl T	= Bundessteuerblatt Teil I
Buchst.	= Buchstabe
BV	= Betriebsvermögen
BVerfG	= Bundesverfassungsgericht
BW	= Baden-Württemberg
Bw	= Buchwert
bzw.	= beziehungsweise
DB	= Der Betrieb
dergl.	= dergleichen
d.h.	= das heißt
DM	= Deutsche Mark
d.s.	= das sind
DStR	= Deutsches Steuerrecht
DStZ	= Deutsche Steuerzeitung

EFG	Entscheidung der Finanzgerichte
EGHGB	Einführungsgesetz zum HGB
Erl.	Erlaß
ESt	Einkommensteuer
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EStG	Einkommensteuer-Gesetz
EStH	Einkommensteuer-Handbuch
EStR	Einkommensteuer-Richtlinien
EuroEG	Gesetz zur Einführung des Euro (Euroeinführungsgesetz) vom 9.6.1998 (BGBI 1998 I S. 1242)
evtl.	eventuell
EWWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft
f., ff.	folgende, fort folgende
FA	Finanzamt
FG	Finanzgericht
FinMin Ba-Wü	Finanzministerium Baden-Württemberg
FKPG	Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23.6.1993 (BStBl 1993 I S. 510)
FÖJG	Gesetz zur Förderung eines freiwilligen Jahres (FÖJ-Förderungsgesetz - FÖJG) vom 17.12.1993 (BStBl 1994 IS. 19)
FördG	Gesetz über Sonderabschreibungen und Abzugsbeträge im Fördergebiet (Fördergebietsgesetz) vom 23.9.1993 (BStBl 1993 IS. 853)
FR	Finanz-Rundschau
FVG	Finanzverwaltungs-Gesetz
GbR	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts
GdbR	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts
GewSt	Gewerbesteuer
GewStDV	Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung
GewStG	Gewerbesteuer-Gesetz
GewStR	Gewerbesteuer-Richtlinien
GG	Grundgesetz
ggf-	gegebenenfalls
gl.A.	gleicher Ansicht
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GemG	Genossenschafts-Gesetz
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GoS	Grundsätze ordnungsmäßiger Speicherbuchführung
GrESt	Grunderwerbsteuer
GrEStG	Grunderwerbsteuer-Gesetz
GuV-Rechnung	Gewinn- und Verlustrechnung
GWG	geringwertiges Wirtschaftsgut, geringwertige Wirtschaftsgüter
HB	Handelsbilanz
HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung
HGB	Handelsgesetzbuch
HK	Herstellungskosten
h.M.	herrschende Meinung
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
IKR	Industriekontenrahmen
InvZulG	Investitionszulagengesetz

i.S.	= im Sinne
i.V.m.	= in Verbindung mit
JbFfSt	= Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht
JStG	= Jahressteuergesetz
KapSt	= Kapitalertragsteuer
KG	= Kommanditgesellschaft
KGaA	= Kommanditgesellschaft auf Aktien
KiLSt	= Kirchenlohnsteuer
Kj	= Kalenderjahr
Kj 01, 02, 03	= erstes Kj, zweites Kj, drittes Kj (in Beispielen)
KSt	= Körperschaftsteuer
KStDV	= Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung
KStG	= Körperschaftsteuer-Gesetz
KStR	= Körperschaftsteuer-Richtlinien
KVStG	= Kapitalverkehrsteuer-Gesetz
LG	= Leasing-Geber
LN	= Leasing-Nehmer
LSt	= Lohnsteuer
LStDV	= Lohnsteuer-Durchführungsverordnung
m.E.	= meines Erachtens
MWR	= Mehr- und Weniger-Rechnung
MWSt	= Mehrwertsteuer (Umsatzsteuer)
NJW	= Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	= Nummer
OFD	= Oberfinanzdirektion
OHG	= Offene Handelsgesellschaft
PartG	= Partnerschaftsgesellschaft
PartGG	= Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
PB	= Prüferbilanz
RAP	= Rechnungsabgrenzungsposten
RennwLottAB	= Ausführungsbestimmungen zum Rennwett- und Lotteriegesetz
RennwLottG	= Rennwett- und Lotteriegesetz
RfE	= Rücklage für Ersatzbeschaffung
RFH	= Reichsfinanzhof
RSIBL I	= Reichsteuerblatt Teil I
S.	= Seite
SachBezV	= Sachbezugsverordnung
SchutzbauG	= Schutzbaugetz
s.o.	= siehe oben
so. betr. Aufw.	= sonstige betriebliche Aufwendungen
so. betr. Ertr.	= sonstige betriebliche Erträge
sog.	= sogenannt
SolZ	= Solidaritätszuschlag
Sopo	= Sonderposten mit Rücklageanteil
St.	= Stück
StB	= Steuerbilanz
StBp	= Die steuerliche Betriebsprüfung
SteuerStud	= Steuer und Studium (Zeitschrift)
StGB	= Strafgesetzbuch
stl.	= steuerlich
stl. BP	= steuerliche Betriebsprüfung
STEd	= Steuer-Eildienst (Zeitschrift)

StMBG	= Gesetz zur Bekämpfung des Mißbrauchs und zur Bereinigung des Steuerrechts vom 21.12.1993 (BStBl 1994 I S. 50)
StOG	= Standortsicherungsgesetz
Stpfl.	= Steuerpflichtiger
StuW	= Steuer und Wirtschaft
StW	= Steuer-Warte
s.u.	= siehe unten
TW	= Teil wert
Tz	= Textziffer
u.	= und
u.a.	= unter anderem
u.a.	= und ähnliche
u.E.	= unseres Erachtens
u.f.	= und folgende
UmwG	= Umwandlungsgesetz
UmwStG	= Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei Änderung der Unternehmensform
UmwStG n.F.	= Umwandlungssteuergesetz i.d.F. vom 28.10.1994
UmwStErl.	= Umwandlungssteuererlaß
USt	= Umsatzsteuer
UStDV	= Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung
UStG	= Umsatzsteuer-Gesetz
UStR	= Umsatzsteuer-Richtlinien
usw.	= undsweiter
u.U.	= unter Umständen
UV	= Umlaufvermögen
VAG	= Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz)
VermBG	= Vermögensbildungsgesetz
VersStDV	= Versicherungssteuer-Durchführungsverordnung
Vfg.	= Verfügung
vgl.	= vergleiche
v.H.	= vom Hundert
VO	= Verordnung
VorSt	= Vorsteuer (Eingangs-Umsatzsteuer)
VSt	= Vermögensteuer
VStG	= Vermögensteuer-Gesetz
VStR	= Vermögensteuer-Richtlinien
VVaG	= Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
WEG	= Wohnurigseigentumsgesetz
WG	= Wechselgesetz
Wj	= Wirtschaftsjahr
Wj 01, 02, 03	= erstes Wj, zweites Wj, drittes Wj (in Beispielen)
Wpg	= Wirtschaftsprüfung
WstDV	= Wechselsteuer-Durchführungsverordnung
WStG	= Wechselsteuer-Gesetz
z.B.	= zum Beispiel
Ziff.	= Ziffer
ZPO	= Zivilprozeßordnung
z.T.	= zum Teil
ZVG	= Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung